

Rainer Land

## Staatssozialismus und Stalinismus

Vortrag auf der Geschichtskonferenz der PDS, Dezember 1995

Wenn demokratischer Sozialismus in der PDS als gesellschaftspolitische Zielvorstellung gilt, dann muß die Frage beantwortet werden, wie sich „demokratischer Sozialismus“ zu dem „real-existierenden“ Ordnungen verhält, die in der Sowjetunion, den sozialistischen Staaten des RGW bzw. Warschauer Vertrags und speziell in der DDR bestanden haben. Ich will diesen Gesellschaftstypus wegen seiner Staatszentriertheit „Staatssozialismus“ nennen.<sup>1</sup>

Man könnte nun sagen, demokratischer Sozialismus ist Staatssozialismus plus demokratische Entscheidung auf allen Ebenen. Mitwirkung des Volkes nicht nur der Deklaration nach, Handeln des Staates nicht nur „für das Volk“ sondern auch „durch das Volk“, wie es Jens-Uwe Heuer früher mal ausgedrückt hat.

Oder eine andere Formel wäre: Demokratischer Sozialismus ist Staatssozialismus minus Stalinismus, oder minus „stalinistischer Elemente“ oder auch minus „Poststalinismus“.

Ich will versuchen, mit drei Thesen zu begründen, warum ich eine solche Antwort nicht für zureichend halte. **Meine These ist, daß der Stalinismus eine objektive Grundlage hat, die in dem staatssozialistischen Vergesellschaftungskonzept, in den staatssozialistischen Wirtschafts- und Machtstrukturen selbst liegt. Damit gehe ich ganz bewußt in Gegensatz zu Positionen, die meinen, der Stalinismus sei eine Entartung oder Deformation, sei jedem Sozialismus wesensfremd.**

Ich sehe Stalinismus einerseits und Reformismus andererseits als die beiden Tendenzen in der Entwicklung des Staatssozialismus, die in dessen Vergesellschaftungsmodell selbst begründet sind. Natürlich bedeutet dies nicht, daß es neben dieser objektiven Grundlage nicht auch historische und kulturelle Bedingungen, intellektuelle Codes, Traditionen, und schließlich auch Personen gegeben hat, ohne die eine strukturell bedingte Möglichkeit nicht zu der Ausprägung gekommen wäre, die wir in den dreißiger und vierziger Jahren in der Sowjetunion finden.

1. Ich gehe davon aus, daß die moderne bürgerliche Gesellschaft - mit einer kapitalistischen Marktwirtschaft, Trennung von Staat und Gesellschaft, Gewaltenteilung und Rechtsstaat, funktionaler Differenzierung von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur zu (relativ) eigendynamischen Subsystemen - sich gerade durch die Herausbildung *universeller* Evolutionspotentiale von vormodernen Vergesellschaftungstypen unterscheidet. Sie entstehen gerade, indem (in bestimmten Handlungsfeldern) lebensweltlich-konkrete Verhaltenskoordination („zwischenmenschliche“ Interaktion) durch „Systeme“ ersetzt wird, die Verhalten durch Verdinglichung und Formalisierung mittels Institutionen regulieren.<sup>2</sup> Der geschichtlich ambivalente Selektionsvorteil besteht in einer Abkopplung der Innovationen, Rationalisierungen und Modernisierungen von den lebensweltlichen Bedürfnissen und Nöten der Individuen: Systeme erzeugen mit der funktionalen Differenzierung eigendynamisch Entwicklungsantriebe, wie die Profitabilitäts- und Akkumulationszwänge der Kapitalverwertung. Ohne Gewinn kann Kapital nicht verwertet, ohne Akkumulation nicht erhalten werden, ganz unabhängig von den lebensweltlichen

<sup>1</sup> Ich unterscheide „Staatssozialismus“ von Sozialismen, die das unten näher bestimmte „gegenmoderne“ Strukturprinzip ausschließen. Eine andere Bestimmung hat Peter Ruben vorgeschlagen. Für ihn ist „Kommunismus“ als Subsumtion der Gesellschaft unter die als Nation oder Klasse gedachte und staatlich organisierten *Gemeinschaft* zu denken und zu unterscheiden von „Sozialismus“ als einer auf die Lösung der sozialen Frage hin organisierten Form der (modernen) Gesellschaft. Die von mir als „Staatssozialismus“ bezeichneten Gebilde wären nach seiner Definition „Kommunismus“. Vgl: Peter Ruben: Was ist Sozialismus? Zum Verhältnis von Gemein- und Personeneigentum an Produktionsmitteln. In: INITIAL 2/1990.

Rosemarie Will hat die „gegenmoderne“ Verbindung von Partei und Staat zu einem „administrativen System“, das Recht als Regel in Kernbereichen der staatlichen Machtausübung gerade ausschließt, zum Kriterium genommen und spricht daher von „administrativ-bürokratischen Sozialismus“. Vgl.: Rosemarie Will in: Rainer Land (Hg.): Das Umbaupapier. Rotbuch, Berlin 1990, S. 116.

<sup>2</sup> Warum dies so ist, muß hier unbegründet bleiben. Ich verweise auf:

Rainer Land: Evolution und Entfremdung. In: INITIAL 6/1990

Michael Brie, Dieter Klein: Umbruch zur Moderne. VSA-Verlag, Hamburg 1991

Rainer Land: Evolution der Moderne und Emanzipation. In: Berliner Debatte INITIAL 6/1993

Rainer Land, Ralf Possekel: Die PDS und der moderne Sozialismus. In: Michael Brie, Martin Herzig, Thomas Koch: Die PDS. PapyRossa, Köln 1995

Eine kurze Zusammenfassung gibt Michael Brie in: „Moderner Sozialismus“ - modische Schimäre oder neue Suchrichtung? In: Freitag vom 3.11.1995, S. 13

Bedürfnissen der Kapitalisten oder der Arbeiter<sup>3</sup>. Daß traditionelle Produktionsweisen dem Druck der Innovations- und Rationalisierungsfortschritte dieser neuen Vergesellschaftungsform nicht Stand halten konnten, ist nicht verwunderlich. Andererseits sind die selbstzerstörerischen Tendenzen der modernen Gesellschaften die andere Folge der Entkopplung von Lebensweise und Wirtschaftssystem, von Bedürfnis und Innovation, von Befriedigung und Akkumulation. Die permanente „Modernisierung“ aller sozialen Verhältnisse und ihrer gegenständlichen und technischen Voraussetzungen und Mittel bewirkt ein nie dagewesenes (und aus der lebensweltlichen Perspektive vollkommen irrationales) Tempo der Produktivitätsentwicklung und des wirtschaftlichen Wachstums, der Umwälzung der Produktionsweisen und in Folge auch der Lebensweisen. Dies schafft einerseits materiellen Voraussetzungen, die die „freie Entwicklung der Individualität eines jeden“ an sich möglich machen (könnten). Andererseits subsumieren diese spontan wirkenden Evolutionspotentiale die Natur und den Menschen der „Systemerhaltung“, der „Produktion des Reichtums als Selbstzweck“ und zerstören sie dabei. Die Evolutionsweise moderner Gesellschaften ist ambivalent. Ihre Evolutionspotentiale sind zugleich Krisenpotentiale, können emanzipatorisch wie destruktiv wirken - und sind oft beides zugleich.

Die sozialistische Bewegung der Neuzeit, die russische Revolution und der daraus entstandene Staatssozialismus sind je spezifische Reaktionen auf die Krisenprozesse in der Entwicklung der „modernen bürgerlichen Gesellschaft“ und ihrer kapitalistischen Wirtschaft: auf die Ausbeutung und Verelendung der Arbeiter, auf den imperialistischen Weltkrieg und auf Faschismus und Nationalsozialismus.<sup>4</sup>

**Meine erste These ist nun, daß die grundlegenden Strukturen des Staatssozialismus das Prinzip moderner Entwicklung einerseits bewahren andererseits eliminieren, indem sie die ausdifferenzierten Subsysteme durch eine Metastruktur, einen speziellen Apparat, eine eigene Bürokratie wieder verbinden. Das Spezifikum sozialistischer Macht ist die Verkopplung von Wissenschaft, Wirtschaft und Staat durch die Partei. Der Zweck ist, die spontane und autodynamisch entstehenden Modernisierungszwänge in eine gesteuerte und gestaltete gesellschaftliche Entwicklung zu transformieren. Diese Metastruktur ist „gegenmodern“ (nicht vormodern!) in dem Sinne, daß sie das Evolutionsprinzip der Moderne, die funktionale Differenzierung, aufhebt.**

Die Idee einer sozialistisch „aufgehobenen“ Moderne zielt darauf, die spontanen Evolution moderner (kapitalistischer) Vergesellschaftung in „gestaltete“ planmäßige Entwicklung zu transformieren. Sozialismus bedeutet daher nicht Rückkehr zu vormodernen Vergesellschaftungsformen, aber doch den Versuch, die ausdifferenzierten und eigendynamischen Subsysteme - insbesondere die Wirtschaft - „unter Kontrolle“ zu bekommen. Diese Kontrolle wird aber nicht durch Differenzierung, Machtverteilung und Installation von Gegenmächten und Öffentlichkeiten erreicht - wie man sich heute etwa eine zivilgesellschaftliche Kontrolle von Unternehmen, Staatsbehörden, Medien usw. denken würde. Die staatssozialistische Idee geht davon aus, daß eine Metastruktur etabliert werden muß, die die einzelnen Gesellschaftsbereiche holistisch koordiniert und synchronisiert und die Entwicklung des Gesellschaftskörpers als Ganzes im Interesse der Menschen steuert. Eine gestaltete, beherrschte, geplante Entwicklung sollte erreicht werden, indem folgende Elemente installiert werden:

Erstens: Mittels **Wissenschaft** werden objektiv notwendige Entwicklungsrichtungen (der Produktivkräfte, der objektiven Interessen und subjektiven Bedürfnisse der Menschen), Realisierungsbedingungen, alternative Wege und mögliche Strategien wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklung festgestellt. Wichtig ist, daß auch die Interessen und Bedürfnisse der Menschen in ihrem Kern als objektive betrachtet und behandelt werden, ihr Inhalt daher nicht durch subjektive Willensbekundungen, sondern durch wissenschaftliche Forschung festzustellen ist. *Steuerung gesellschaftlicher Entwicklung bedeutet hier zunächst Erkennen objektiver Entwicklungsgesetze.*

Zweitens: In einem „**demokratischen Prozeß der Willensbildung**“ werden diese „objektiven“ Notwendigkeiten“ in subjektive Pläne umgesetzt. Soweit Interessen und Bedürfnisse „objektiv“ sind, müssen sie den Menschen „bewußt gemacht“ und „erklärt“ werden. Nur soweit die konkrete Gestalt der Bedürfnisse subjektiv und zufällig ist, kann Willensbildung auch Artikulation von Interessen und Bedürfnissen sein. Im Zweifelsfall haben natürlich die „objektiven“, wissenschaftlich ermittelten Interessen Vorrang. Demokratische Willensbildung muß daher im Staatssozialismus bedeuten, die objektiven Interessen der Menschen notfalls auch gegen ihre „subjektiven Wünsche“ durchzusetzen, weil sonst keine wissenschaftlich begründete Gestaltung sozialer Entwicklung erfolgen könnte.

<sup>3</sup> Die Vorstellung, daß es ein individuelles Bedürfnis, die Gewinnsucht, sei, die den Kapitalisten triebe, ist vulgär.

<sup>4</sup> Michael Brie: Rußland und Europa. Gespaltene Zivilisation, verschiedene Weltreligionen und ihr Verhältnis. In: Berliner Debatte INITIAL, Heft 2/1994

Aber immerhin könnte zwischen Varianten entschieden werden. Vor allem aber wird geklärt, auf welche Art und Weise die Einzelnen und die besonderen Gemeinschaften (Betriebskollektive, Genossenschaften, Hausgemeinschaften, Kommunen, Gewerkschaften, die Jugendorganisation, Anglerverband, Gemüsezüchtervereinigung usw. bis zur Kirche, soweit „noch“ nötig) zur Realisierung dieser Ziele beitragen können. Demokratie war gedacht als Ausfüllung eines wissenschaftlich begründeten Rahmens durch „Initiative“. Der Rahmens selbst stand eigentlich nicht zu Disposition.<sup>5</sup> *Steuerung gesellschaftlicher Entwicklung bedeutet hier demokratisches Umsetzen erkannter Entwicklungsgesetze in detaillierte Entwicklungspläne (für alle Bereiche der Gesellschaft, aber vor allem in der Wirtschaft) und Ausbildung von Initiativen der besonderen Gemeinschaften im Rahmen der Entwicklungspläne.*

Drittes Element des staatssozialistischen Vergesellschaftungskonzept ist die Existenz eines **modernen Staatsapparates** (und das heißt faktisch eines „bürokratisierten“ Apparates) zur Durchsetzung der „demokratisch“ bestimmten Entwicklungspläne und zur Koordination der im Verlauf der „Plandiskussion“ geäußerten „Initiativen“ und Vorschläge. Dabei geht es um Koordination in zweierlei Hinsicht. Erstens sind die besonderen Akteure innerhalb eines Subsystems zu koordinieren. Die vielen einzelnen Betriebe der Wirtschaft beispielsweise werden entsprechend der „Zielfunktion“ koordiniert, indem ihnen Ressourcen zugeteilt und Produktionsziele in sachlicher und finanzieller Gestalt vorgegeben werden. Eine Planungsbehörde sichert die Proportionalität der geplanten Inputs und Outputs der einzelnen Betriebe zueinander. Markt- und Wettbewerbsstrukturen - soweit vorhanden - werden unter dieser Voraussetzung funktioniert zum Instrument der Ausfüllung von Vorgaben. Analog, wenn auch weniger streng ist die Koordination zwischen den verschiedenen „Einrichtungen“ innerhalb einzelner Bereiche Soziales, Kultur, Bildung, Hochschule, Militär usw. gedacht.

Weiterer Koordinationsbedarf besteht zwischen den Bereichen (Wirtschaft und Soziales, Wirtschaft und Kultur, Wirtschaft und Militär usw.) aber auch bei der Synchronisation der „sekundären“ Bereiche untereinander (Kultur und Bildung, Soziales und Wissenschaft etc.) Die Synchronisation betrifft die sachliche Gestalt und das finanzielle Volumen der benötigten Ressourcen, aber dann auch die jeweils intendierten Entwicklungsrichtungen.

Diese Art von Planung bedeutet immer, daß die letzte Entscheidungsgewalt zentralisiert bleiben muß.<sup>6</sup> Wie immer die Kompetenzen organisatorisch verteilt sein mögen - rechtlich gesicherte Autonomie der Teile gegen das Ganze ist ausgeschlossen und muß im Prinzip ausgeschlossen bleiben, wenn dieses Modell gestalteter Entwicklung funktionieren soll.<sup>7</sup>

Die Koordination dieser verschiedenen Sphären und der besonderen „Subjekte“, der Kollektive und Einrichtungen ist die spezielle Leistung des sozialistischen Staatsapparates. Wie jeder andere bürokratische Apparat benutzt dieser formalisierte Verfahren moderner Verwaltung, die hier aber die spezielle Funktion haben, Pläne zu fixieren, deren Ausführung zu koordinieren und zu kontrollieren und die Planerfüllung anschließend abzurechnen. Insofern werden im sozialistischen Staatsapparat drei originäre Leistungen der „Moderne“ verbunden: Erstens die moderne Staatsverwaltung, die ursprünglich Finanzverwaltung des Staatsbudgets war. Zweitens eine moderne Input-Output-Planung industrieller Großproduktion, die materiale Reproduktions- und Wachstumsplanung war, und drittens die

<sup>5</sup> Nach dieser Denkweise galt logischerweise: Wer diesen Rahmen von Demokratie ablehnte, der lehnte sich gegen historische Gesetzmäßigkeiten auf und war entweder unaufgeklärt, erziehungs- und bildungsbedürftig oder so verrückt, wie jemand, der den Zwang zum täglichen Schlaf für Unfreiheit hält. „Naturgesetze“ kann man nicht ändern, man kann sie nur vernünftig anwenden.

<sup>6</sup> Man muß hinzufügen, daß die konkrete Verteilung der Planungskompetenzen auf zentrale und regionale Behörden im Einzelnen zwar verschieden gestaltet sein kann, aber faktisch keine wirkliche Autonomie der einzelnen Akteure, kein wirkliches Sondereigentum herstellen kann, ohne das Prinzip wissenschaftlich gesteuerter Entwicklung aufzugeben. Die Idee einer holistisch gestalteten Entwicklung verlangt aber immer Strukturen, die die Unterordnung der besonderen Akteure unter den Gesamtplan vermitteln. Die Verteilung der Planungskompetenzen nach unten kann daher keine echten autonomen Verfügungsrechte gegen die Zentrale schaffen, sondern nur organisatorische Bedeutung haben. Werden dagegen wirkliche und durchsetzbare Rechte der Teile gegen das Ganze installiert, dann fällt die skizzierte Idee einer Gesamtkoordination auseinander. Man kann Planung auch als Wechselspiel gegeneinander selbständiger Subjekte denken. Eine solche Planifikation ist aber keine Planung im staatssozialistischen Sinne mehr und könnte auch keine Entwicklungssteuerung nach dem hier skizzierten Prinzip gewährleisten. Vielmehr würde dann Entwicklung durch „Selbstorganisation“, durch das Gegenspiel autonomer „Mächte“ und sich wechselseitig in Schach haltender Öffentlichkeiten gestaltet. Genau dies scheint mir der Weg zu gestaltbarer Entwicklung und Bewältigung der Krisen der Moderne. Nur daß dabei eine prinzipiell offene Entwicklung vorausgesetzt wird und Gestaltung wie Krisenbewältigung niemals ein für alle Male, sondern immer nur temporär gelingen kann wie auch immer wieder scheitern wird.

<sup>7</sup> Genau deshalb ist im „administrativ-bürokratischen Sozialismus“ eine rechtsstaatliche Verfassung, die die Rechte des Einzelnen gegen das Ganze sichert, im Kern ausgeschlossen, woraus aber nicht folgt, daß alles Unrecht ist, sondern daß die Rechtssysteme inkompatibel ist, weil Recht und Unrecht in einem staatssozialistischen System ganz anders konstruiert sind.

Rechtsverwaltung. Ein Kernstück der „Rationalität“ moderner bürgerlicher Gesellschaft, die Bürokratisierung in der Kombination von Industrie-, Rechts- und Finanzbürokratie wurde so zum Instrument der „Steuerung“ gesellschaftlicher Entwicklung.

Im Zentrum muß aber eine moderne Organisation stehen, die alle Funktionen verbindet. Das ist die *Partei*. Sie ist *Wissenschaftssubjekt*, weil sie über die marxistisch-leninistische Gesellschaftstheorie verfügt und auf dieser Basis einen eigenen Forschungsapparat aufbauen kann, der alle anderen Wissenschaftsapparate des Staates koordiniert. Sie ist zugleich Teil des Volkes, „*Avangarde*“, daher in allen an der Willenbildung beteiligten Gemeinschaften (Betrieben, Kommunen, Hausgemeinschaften, gesellschaftlichen Organisationen, Staatsbehörden usw.) präsent. Und sie ist zugleich ein spezieller Teil der bürokratischen *Verwaltung*. Der Parteiapparat ist über die Parteimitglieder und die Rolle der Partei in den „Volksvertretungen“ in jeder Staatsbehörde präsent und er ist zugleich der Teil der Staatsbürokratie, der die verschiedenen Apparate des Staates (Wirtschaft, Bildung, Kultur, Polizei, Gerichte, Kommunalverwaltung usw.) verbindet und koordiniert. Die Fähigkeit der Staatsbürokratie, alle Subsysteme und besonderen Gemeinschaften so zu koordinieren, daß die objektiv gesetzten und subjektiv beschlossenen Entwicklungspläne realisiert werden, resultiert aus der besonderen Rolle des Parteiapparates.

Damit aber ist die „führende Rolle der Partei“ wahrlich der „konstituierende Faktor“ im „Wirkungsmechanismus“ der „objektiven Gesetze des Sozialismus“.

Die hier skizzierte Struktur besteht also einerseits aus differenzierten Gliedern einer modernen Gesellschaft und andererseits aus einer diese wieder verbindenden *Metastruktur*<sup>8</sup>, die ich als „gegenmodern“ bezeichnen will, was keine Bewertung darstellt, sondern schlicht besagt, daß sie die in Modernisierungen entstandenen Verselbständigungen und Entfremdungen wieder aufzuheben versucht.

2. Fragen wir nun empirisch, ob und wie weit das intendierte Ziel - Beherrschung von Entwicklung tatsächlich erreicht worden ist. **Meine zweite These ist, daß diese staatssozialistische Struktur die Evolutionspotentiale moderner Vergesellschaftung untergraben hat statt sie gestaltbar zu machen und für eine humane Entwicklung freizusetzen. Die existentiellen Krisen der Moderne wurden daher nicht gelöst, sondern durch eine Blockade substituiert.** Diese hat einige der Krisenerscheinungen begrenzt bzw. aufgehoben (Arbeitslosigkeit, soziales Elends), andere hingegen eher verschlimmert (Ökologie). **Im Grundsatz aber wurde moderne Evolution nicht gestaltet, sondern verhindert.**

Historisch zeigten sich diese Blockaden bereits in den Schwierigkeiten der 20er Jahre, die sicher zum Teil auf die schlechten Ausgangsbedingungen zurückzuführen waren. Genauere Analysen zeigen aber, daß bereits mit der Herausbildung einer zentralstaatlich geplanten Wirtschaft und der Unterordnung der Betriebe ein Verlust an wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten einherging. In der Auseinandersetzung um das Industrialisierungskonzept siegte der „amerikanischen“ Weg gegen den „deutschen“ Weg. Der Technisierung der Produktion, den tayloristischen Methoden und der Zentralisierung der Ressourcenallokation sowie der Forschung und Entwicklung wurde der Vorzug gegeben. Schon damit aber wurden quantitativ schwache, qualitativ aber durchaus moderne Potentiale der russischen Industrie und Industriearbeiterklasse nicht entfaltet, sondern verschüttet.<sup>9</sup>

Das beeindruckendste Symbol des Niedergangs der russischen Wirtschaft aber sind die Schwarzmeerhäfen. Ursprünglich für den Export des Getreides aus der ukrainischen Kornkammer gebaut, wurden sie am Ende der 20er Jahre umgebaut zu Häfen für den Import von Getreide - und blieben es bis heute. Die Umstellung vom Export auf den Import von Weizen aber verurteilte die hochtragenden Pläne der sozialistischen Akkumulation zum Scheitern. Denn schließlich sollten die Überschüsse der landwirtschaftlichen Produktion den Aufbau der Industrie finanzieren. Nun aber war die Landwirtschaft selbst ein Zuschußsektor?

Hier sind wir an der Geburtsstunde der Problemlage, die objektiv zum Stalinismus führen kann. Was tun, wenn der Aufbau einer staatlichen Planung nicht die erwarteten Produktivitätseffekte bringt? Was tun, wenn sich herausstellt, daß die staatssozialistische Wirtschaftsleitung nicht imstande ist, die in Jahrzehnten vorher immer vorhanden gewesenene landwirtschaftlichen Überschüsse zu zentralisieren

<sup>8</sup> Michael Brie spricht in diesem Zusammenhang vom Paradigma, das den Sozialismus als ein *Monosubjekt* behandelt. Vgl: Brie, Michael: Die Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus - Thesen in der Diskussion. In: Forschungsprojekt „Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus. Materialien der Eröffnungsberatung November 1988. Humboldt-Universität zu Berlin 1989.

<sup>9</sup> Vgl: Walter Süß: Die Arbeiterklasse als Maschine. Wiesbaden 1985.

Michael Brie, Ewald Böhlke (Hrsg.): Rußland wieder im Dunkeln. Aufbau Taschenbuch Verlag Berlin 1992. Insbesondere S. 37-59

und dem Fortschritt dienstbar zu machen? Eigentlich hätte man das Scheitern registrieren müssen und einen Weg zurück zu einer Kapitalverwertungswirtschaft mit sozialistischen Gegenmächten und sozialem Ausgleich suchen müssen.

Überzeugt davon, daß die Idee einer gesteuerten Wirtschaftsentwicklung nicht falsch sein kann, wurde das Fehlen der landwirtschaftlichen Überschüsse durch die Sabotage der Kulaken erklärt. In einer einzigartigen ideologischen und organisatorischen Kampagne wurde die Verwandlung der Landwirtschaft in staatlich kontrollierte Kolchosen durchgesetzt, wurden die Kulaken nach Sibirien verfrachtet, zu Tausenden ermordet, wurde der freiwillig und mit ökonomischen Mitteln nicht freisetzbare landwirtschaftliche Überschuß durch Gewalt und Druck herausgepreßt, das Land mit einer Hungersnot überzogen, an der Millionen starben. In der Industrie wurde ein gewaltiges Programm nachholender Industrialisierung durch Import ganzer amerikanischer Fabriken, ganzer Industriekomplexe aufgelegt: amerikanisches Know-how, amerikanische Produkte, amerikanische Spezialisten machten den Inhalt dieser Industrialisierung. Die russischen Arbeiter wurden durch unfreie Arbeit - anders kann man die sowjetischer Arbeitsverfassung der 30er Jahre nicht bezeichnen - dieser Strategie subsumiert. Und wo es besonders wichtig oder besonders schwer war, wurde Zwangsarbeit von Sträflingen benutzt. Ein terroristisches System zentralisierter Zwangsarbeit vollbrachte ein unvorstellbares Werk des Nachvollzugs amerikanischer Industrieentwicklung. Was das System selbst leisten sollte, aber nicht leistete, einen von Initiative der Bevölkerung getragenen durch Planung effektiv gestalteten Aufschwung wirtschaftlicher Entwicklung, das wurde durch Despotie und Terror erzwungen. Die nachholende Industrialisierung der Sowjetunion ist gerade kein Beweis für das Funktionieren einer sozialistischen Planwirtschaft, der nur die demokratische Komponente gefehlt hätte. Sie beweist, daß diese Art wirtschaftlicher Entwicklung nur mit Terror möglich ist.

Die Alternative wäre gewesen, diese Art Sozialismus aufzugeben und Anschluß an eine Entwicklung zu finden, die die Modernisierungspotentiale des Westens nutzt und partizipatorisch ausbaut. Der Weg hätte über Reformen zur Verselbständigung der Betriebe, Marktmechanismen, Aufwertung und Ausbau der Geldwirtschaft, gemischtes Eigentum und Gewinnorientierung, Rückführung zentralisierter Forschungs- und Entwicklungspotentiale in die Betriebe usw. geführt. Das war Teufelszeug - bis in die 60er Jahre.

Natürlich schien der gewaltige Schub nachholender Industrialisierung, der Aufbau einer riesigen Rüstungsindustrie und der Sieg über den Faschismus und Nationalsozialismus im zweiten Weltkrieg zunächst das Wirtschaftskonzept der dreißiger Jahre zu bestätigen. Und man meinte, auf dem erreichten Stand den terroristischen Mitteln die Spitze nehmen zu können. Selbstverständlich spielte auch die Person Stalins eine Rolle. Nach seinem Tod blieb es zwar bei einem System der Zwangsunterordnung der Betriebe unter den Staat und den Methoden der Erpressung wirtschaftlicher Leistung in Industrie und Landwirtschaft. Zudem waren auch der Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg und der Aufbau einer Rüstungsindustrie während des kalten Krieges der nachholenden Industrialisierung strukturell ähnlich, konnten also auch mit ähnlichen Mitteln vorangetrieben werden. Noch bin in die 80er Jahre hinein griff man immer wieder nach solchen Großprojekten - BAM, Erdöltrasse usw. - mit denen sich die Erfolge der nachholenden Industrialisierung scheinbar wiederholen ließen, auch wenn es nicht mehr zu Terror in den Dimensionen der dreißiger Jahre kam.

Trotzdem zeigte sich bald, daß die innovativen Spitzenleistungen der Sowjetunion - Atombombe, Weltraumtechnik, Waffen - an Sonderbedingungen geknüpft waren, die sich nicht auf die Masse der vielen „normalen“ Betriebe übertragen ließen. Innovationsschwäche, Ineffizienz, Umweltverschwendung, Mangel an Rationalität blieben Dauerprobleme der sowjetischen Wirtschaft, die sich auch in der DDR exakt zeigen lassen. Sie sind in der Strukturen einer zentral geplanten Wirtschaft selbst zu suchen. Innovationen und von der Implementation von Produkt-, Verfahrens- und Organisationsinnovationen bewirkte Produktivitäts- und Effektivitätszuwachs fehlten - das war das Dauerproblem aller sozialistischen Volkswirtschaften, das immer nur durch Masse, nachholende Industrieentwicklung, Rohstoffexport auf den Weltmarkt usw. kompensiert, aber niemals gelöst werden konnte.

Die spezifischen Strukturen einer durch Wissenschaft, Planung und staatliche Verteilung gesteuerten Wirtschaft verschütteten die wichtigste Quelle moderner Wirtschaftsentwicklung: die *singuläre* Innovation und den *offenen* Rekombinationsprozeß, der ständig und ungeplant neue Produkte, neue Verfahren, neue Strukturen in die wirtschaftlichen Kreisläufe hineinbringt, rekombiniert und selektiert. Weil es keine autonomen Betriebe gibt und weil es keine frei verfügbaren (unverplanten) Ressourcen gibt, bleiben Innovationen aus oder müssen durch Sonderbedingungen erkaufte werden. Die Produktivität wächst stets langsamer als die Produktmasse - genau umgekehrt ist es im Prinzip in den westlichen Industrieländern. Je mehr aber die Ressourcen für quantitatives Wachstum erschöpft wurden, umso mehr prägten sich Stagnationsmerkmale aus. Sie wurden unübersehbar am Ende der 70er Jahre, also nach einer vergleichsweise langen Zeit ohne größere äußere (militärische) Erschütterungen. Die Unterlegenheit dieser Wirtschaftsweise zeigte sich gerade in „normalen“ Zeiten.

3. Meine dritte These ist: **In den staatssozialistischen Wirtschaften gab es zwei Tendenzen, aus den strukturell bedingten Stagnationstendenzen auszubrechen. Die eine Tendenz war reformistisch, die andere terroristisch. Den Versuchen, die Funktionsdefizite der sozialistischen Staatswirtschaft durch Gewalt zu kompensieren, standen immer wieder Anläufe gegenüber, das System durch Reformen entwicklungsfähig zu machen. Beide Tendenzen sind systembedingt. Die terroristische Tendenz ist m.E. die objektive Grundlage des Stalinismus.**

Für Reformismus stand schon Lenins „Neue ökonomische Politik“, die den Betrieben mehr Spielräume verschaffen, den Märkten und dem Geld gewisse Regulationsfunktionen übertragen und den Gewinn als ein Selektionskriterium betriebswirtschaftlicher Entscheidungen zulassen wollte. Ihr Scheitern Ende der zwanziger Jahre führte dann in die Kollektivierung, die Kulakenverfolgung und die stalinistische Industrialisierung. Aber auch in den dreißiger Jahren wurde in der Sowjetunion über alternative Modelle sozialistischen Wirtschaftstums nachgedacht, was mit Exil, Lager oder Tod vergolten wurde. Chruschtschow beseitigte den stalinistischen Terror und versuchte, die Vereisungen des kalten Krieges aufzutauen. Aber auch seine wirtschaftspolitischen Ambitionen waren reformistisch. Die in den frühen sechziger Jahren eingeleiteten Diskussionen über Reformen des Wirtschaftssystems führen in der Sowjetunion zu den Kossygin'schen Reformen, in der CSSR zu den Arbeiten von Ota Šik und dem Prager Frühling, in der DDR zum „Neuen ökonomischen System“. Allen diesen Reformen war gemeinsam, daß durch den Einbau von Marktelementen und eine Verlagerung der Entscheidungskompetenzen in die unteren Ebenen, in die Betriebe, das straffe System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft flexibel gemacht werden sollte. Und überall passierte das gleiche: es zeigte sich, daß die Verwirklichung dieser Reformen substantielle Eingriffe in die Machtstrukturen zur Folge haben würde, wenn sie ernsthaft umgesetzt würde. Genau die für den Staatssozialismus essentielle Verbindung von Wissenschaft, Wirtschaft und Staat durch die Partei würde infrage gestellt. In der Parteispitze regte sich Widerstand - erst gegen Chruschtschows zu weit gehenden Kompromisse im kalten Krieg, dann gegen innenpolitische Reformprojekte. Breshnew kam an die Macht - nicht um mit hartem Kurs die Reformen zurückzudrehen, sondern um sie genau auf das Maß zu begrenzen, das die führende Rolle der Partei nicht gefährdet. Und es zeigte sich, daß die so zurechtgestutzten Reformen die Schwächen des sozialistischen Wirtschaftssystems nicht überwinden konnten. Die Rücknahme der Reformen führte in die Stagnation der siebziger und die Agonie der achtziger Jahre. In der DDR wurde durch Honecker sichergestellt, daß die beabsichtigten Reformen auf ein ungefährliches, damit aber auch wirkungsloses Maß reduziert wurden. Und in der CSSR, wo die Parteiführung nicht begriff, daß eine konsequente Durchführung der Reformprojekte die führende Rolle der Partei und damit das strukturbildende Prinzip dieses Sozialismus über den Haufen werfen würde, wurde der Prager Frühling durch eine militärische Intervention beendet.

Die Perestroika war der letzte große Reformanlauf. Das Ergebnis ist bemerkenswert. Der erste konsequente und durchgehaltene Versuch, die Allmacht der Partei abzubauen und eine gewisse Autonomie und Entscheidungsfreiheit auf die Betriebe zu verlegen, Öffentlichkeit zu schaffen und Gegenmächte zuzulassen, führte nicht zum Aufleben des Sozialismus, sondern zu einem Kollaps seiner Machtstrukturen. Sozialistische Staatsmacht und Innovativität schlossen sich gegenseitig doch aus. Die im Staatssozialismus bestehende Blockade der evolutionären Potentiale moderner Vergesellschaftung war nicht temporär und umständebedingt, sie war essentiell und strukturbedingt. Die Perestroika hat bewirkt, was nicht gewollt war: sie hat diese Blockade aufgebrochen, aber dabei den Staatssozialismus beseitigt. Etwas anderes hätte sie nicht bewirken können. Damit war der Weg für Modernisierungen offen, für verschiedene Entwicklungspfade. Der unter Jelzin eingeschlagene Weg ist nicht zwangsläufig. Mit weniger westlichem Antikommunismus, mehr Unterstützung für Gorbatschow und einem am Neuen Denken orientierten partizipatorischen Kurs zur Lösung der globalen Probleme wären andere Entwicklungen möglich gewesen, z.B. die Integration der Sowjetunion in ein zu schaffendes gemeinsames Sicherheits- und Wirtschaftssystem. Zu einer Rücknahme der Reformen und der Rückkehr zum Terror als Instrument der Wirtschaftsleitung ist es nicht wieder gekommen. Dafür fehlten dann doch die Ressourcen.

Die Terroristischen Tendenzen, die Fehlfunktion des staatssozialistischen Wirtschaftssystems zu kompensieren, blieben bis in die achtziger Jahre virulent. Offensichtlich ist Gewalt als Mittel zur Erpressung wirtschaftlicher Leistungen zwar die objektive Grundlage des Stalinismus, erklärt seine Möglichkeit, aber noch nicht sein Dasein selbst. Stalinismus haben wir noch nicht, solange Gewalt *zweckrational* eingesetzt wird, um Leistungen zu erzwingen oder Unterordnungen durchzusetzen.

Stalinismus ist ein selbstreflexiver Zirkel des Machterhalts, der sich von seinem rationalen Grund abgekoppelt hat. Dies ist der Fall, wenn die Bekämpfung von Feinden zugleich die Erzeugung von Feinden bedeutet und ein sich selbst erhaltender irrationaler Zirkel der Gewalt entsteht. Die Gewalt, ursprünglich ein Mittel der Politik wird selbst Zweck und Mittel.

Die Nutzung von Gewalt als Mittel der Wirtschaftsleitung ist alternativlos, strukturell bedingt und auch den Herrschenden durch das Herrschaftssystem aufgezwungen. Sie haben keine Alternative: solange staatssozialistische Machtstrukturen bestehen, gibt es allenfalls den persönlichen Ausstieg.

Die Etablierung eines terroristischen Systems hingegen bleibt im Bereich des subjektiven Willens und der persönlichen Verantwortung der Herrschenden. In diesem Sinne kann man nicht davon sprechen, daß Stalinismus eine unabwendbare Konsequenz der Defizite des staatssozialistischen Wirtschaftssystems ist. Aber die Tendenz, Gewalt als Mittel der Wirtschaftspolitik einzusetzen, ist die objektive Grundlage dafür, daß eine Machtelite überhaupt die Möglichkeit hat, einen Zirkel der Gewalt zu installieren. Dafür aber müssen die Herrschenden sich bewußt entscheiden und zwar gegen die mögliche Einsicht in die strukturellen Defizite, gegen die Möglichkeit von Reformen, gegen die Erkenntnis des eigenen Scheiterns. Die gewaltsame Durchsetzung wirtschaftlicher Projekte ist eine Tendenz, die aus den Verhältnissen selbst erwächst, die Errichtung von Gewaltherrschaft erfordert zusätzlich den subjektiven Willen der Herrschenden. Insofern ist auch moralisch zu unterscheiden, welche Verantwortung ein Günter Mittag einerseits und ein Molotow andererseits hatten. Mittag ist für politische Fehlentscheidungen und wohl auch für singuläre Rechtsverletzungen verantwortlich, Molotow für die Errichtung eines terroristischen Regimes, dessen Prinzip Gewalt war.

Immerhin aber hat die Sowjetunion zwei Transformationen vollbracht: Sie selbst hat den Stalinismus beseitigt - ein Verdienst von Chruschtschow - und die Benutzung von Gewalt später in den Grenzen rationaler Machtpolitik gehalten - ein Verdienst von Breschnew, auch wenn dieser dabei viel Fehlentscheidungen gefällt hat (Prag 1968, Afghanistan). Zu den Irrationalitäten sich selbst erzeugender Gewaltherrschaft ist es nach Stalins Tod nicht mehr gekommen, weder in der Sowjetunion noch in anderen staatssozialistischen Staaten, vielleicht abgesehen von Rumänien. Und zweitens hat die Sowjetunion mit der Perestroika den Versuch unternommen, die gegenmodernen Strukturen einer staatssozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung zu modernisieren - und sie dadurch aufgehoben - und zwar ohne Bürgerkrieg.